

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 13

Artikel: Kein Grün für die CSSR : die Umweltzerstörung in der alternativen Gesellschaftsordnung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kein Grün für die CSSR

Den Begriff der ökologischen Katastrophe verbindet man landläufig mit der westlichen Industriegesellschaft allein. Zu Unrecht. Das zeigt das Beispiel eines europäischen Industriestaates, in welchem die sozialistische Ordnung herrscht: der Tschechoslowakei. Dort findet die Umweltzerstörung planwirtschaftlich statt und nimmt grössere Ausmasse an als bei uns. Die Frage nach der gesellschaftlichen Verursachung der Umweltschädigung muss deshalb neu gestellt werden.

Wir hatten im letzten Herbst (ZB, Nr. 21/1982) zwei Briefe aus der CSSR unter dem Titel «Nordböhen verseucht!» veröffentlicht. Er war nicht überrissen.

Die Berichte, die nur im Westen publiziert werden konnten und anonym bleiben mussten, lassen sich bestätigen, wenn man Einzelangaben aus der tschechoslowakischen Presse selbst zusammenstellt, was ebenfalls nur im Westen möglich ist. Die folgenden Angaben basieren auf einer Untersuchung, die Frank Pohl für Radio Freies Europa verfasst hat. (Die Quellen sind tschechisch, soweit nicht Bratislava als slowakischer Ausgabeort angeführt ist.)

Luftverschmutzung

Nordböhen mit seinen 3 Millionen ständigen Einwohnern ist wahrscheinlich die Region mit der grössten Luftverschmutzung von ganz Europa. Das betroffene Gebiet umfasst gut 6000 Quadratkilometer; die Wohnbevölkerung plus die zahlreichen Pendler sind permanent einer hohen Konzentration von Schadstoffen in der Luft ausgesetzt. («Hospodarske Noviny», Prag, Nr. 2/1983).

1980 wurden auf dem gesamten Territorium der CSSR 3,2 Millionen Tonnen Abgase in die Luft gelassen, davon 90 Prozent Schwefeldioxid («Odborár», Nr. 24/1981). Das ist fast gleichviel wie in der Bundesrepublik Deutschland (3,6 Mio. t Schwefeldioxid für 1978, FAZ 12. 4. 1983), die viermal mehr Einwohner hat (61:15 Millionen) und viel stärker industrialisiert ist.

Am Schwefeldioxid, das auf die Tschechoslowakei niederregnet, ist die Slowakei (5 Millionen Einwohner) nur mit einigen hunderttausend Tonnen beteiligt; 2 Millionen oder mehr (die CSSR-Presse hat darüber unterschiedliche Angaben pub-

liziert) jährlich entfallen auf die tschechischen Stammlande. Die besondere Belastung von Böhmen und Mähren wird in Zukunft wahrscheinlich sowohl absolut als auch relativ noch zunehmen. Laut einer Prognose von «Planovane Hospodárstvi» (Nr. 2/1982) wird bis 1990 der Schadstoffgehalt der Luft in der Slowakei zwar um 7 Prozent sinken, in den tschechischen Ländern aber um 25 Prozent zunehmen.

Für die schlechte Luftqualität sind zwei Faktoren entscheidend. Einmal die für sozialistische Verhältnisse typische Umorientierung der nationalen Wirtschaft auf die Schwerindustrie und dann die Benutzung von schlecht gereinigter Kohle als Hauptbrennstoff (die einheimische Braunkohle ist stark schwefelhaltig).

Mit dem Einbau von Filtersystemen für das Schwefeldioxid hat man sich bis vor kurzem noch nicht einmal ernsthaft befasst. Man hat zwei Gründe dafür ins Feld geführt («Horník a Energetik», 19. 11. 1981): Erstens sei die technologische Lösung noch nicht verfügbar, und zweitens seien die benötigten Einrichtungen zu umfangreich, teuer und kompliziert; sie benötigten zu viel Wasser, Energie und Arbeit. (Die «typische» Argumentation profitorientierter Wirtschaftsbosse im kapitalistischen System, aber im sozialistischen System gibt es keine Opposition, die ihr entgegenzutreten kann.)

So kommt es, dass die erste Filteranlage des Landes erst jetzt eingerichtet wird. Sie ist für das Wärmekraftwerk Tusimice II bestimmt, wird nach sowjetischen Plänen gebaut und soll vor 1985 in Betrieb genommen werden. Im Westen hat man in der Zwischenzeit bessere Entschwefelungsmethoden entwickelt, und mehrere Länder (darunter die USA) haben der Tschechoslowakei diesbezügliche Patente angeboten. In der Tschechoslowakei bearbeitet man die technisch fortgeschrittenen westlichen Methoden zwar wissenschaftlich weiter, hat sie aber nicht in die Wirt-

schaft eingeführt. Das ist mit der schwierigen Anpassung wissenschaftlicher Erkenntnisse an den Produktionsprozess begründet worden («Prace», Prag, 11. 2. 1982).

Ähnlich verhält es sich mit der fehlenden *Aussonderung von Feststoffen* (Staub und Russ), obwohl hier das Verfahren einfacher und billiger ist. Tatsächlich bestehen entsprechende Anlagen, aber die meisten sind veraltet und reparaturbedürftig. Der Bedarf an Modernisierung und Erneuerung wird nur zu einem Drittel gedeckt («Svobodne Slovo», 22. 7. 1982). Eine Fabrik in Milevsko, die zur Herstellung mechanischer und elektrischer Filter eingerichtet ist, erhält mit Vorrang anderweitige Produktionsaufgaben zugewiesen, zum Beispiel die Herstellung von Milchverarbeitungsanlagen, die zum Export in die UdSSR bestimmt sind. Da haben die Belange des Umweltschutzes hintanzustehen.

Gewässer-verseuchung

In der Tschechoslowakei weisen allein schon die Hauptflüsse (25000 km Gesamtlänge) auf 7000 Kilometer Länge einen Verseuchungsgrad der Klassen III oder IV auf. Diese Kategorien bezeichnen bei fliessenden Gewässern einen Wasserzustand, bei dem die Fische nicht mehr essbar oder sogar nicht mehr überlebensfähig sind («Rude Pravo», 26. 6. 1982). Dieser Zustand der zweithöchsten oder höchsten Vergiftungsstufe ist beim Unterlauf der Flüsse die Regel; über den Anteil von Giftstoffen im Oberlauf fehlen die Angaben. Bei Abwässeruntersuchungen nicht erfasst wurden Schwermetalle, Waschmittel und andere Stoffe, die erst durch ihre Häufung schädlich werden («Zemedelske Noviny», 10. 1. 1983).

Auch *Leitungswasser* ist nicht ungefährlich. Veröffentlichte Angaben liegen darüber allerdings nur aus der Slowakei vor, wo 1981 je nach Region zwischen 21 bis 29 Prozent der Proben verunreinigt waren. Bei Brunnenwasser ist es noch schlimmer. Die Benutzung von verdorbenem Wasser hat bereits zu Epidemien von Ruhr und Gelbsucht geführt («Praca», Bratislava, 28. 12. 1982).

Die Wasserverschmutzung durch *Unfälle* nimmt zu. Hatte man in Böhmen und Mähren 1970 noch 142 solcher Vorkommnisse registriert, so waren es 1980 bereits 184, wovon 91 Ölnfälle («Hospodarske Noviny», 22. 10. 1982).

Ein Beispiel: Die beiden Dörfer Knezeves und Tuchomerice in der Nähe des Prager Flughafens Ruzyn erhalten seit neun Jahren ihr Wasser aus Zisternenwagen geliefert. Grund: 1974 waren 250000 Liter Kerosin aus dem unterirdischen Lager für Flugzeugtreibstoff ausgeflossen und hatten in der Umgebung sowohl die fließenden Gewässer als auch das Grundwasser verseucht. Offenbar so nachhaltig, dass man die beiden Dörfer jetzt an ein anderes Wasserversorgungsnetz anschliesst; das ursprüngliche Einzugsgebiet war anscheinend nicht zu sanieren.

Das war nur der grösste, aber nicht der einzige Ölnfall, den der Flughafen produzierte, «zurückzuführen auf den schlechten Zustand der Lagerungseinrichtungen und auf menschliche Unverantwortlichkeit» («Svoboda», 30. 8. 1982).

Ein anderes Beispiel: Die ganzen siebziger Jahre hindurch war dem Chemiewerk Slovnaft von Bratislava (das übrigens 40000 Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr in die Luft stösst) offiziell (und entgegen den sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen) gestattet worden, täglich (!) 35 Tonnen ölhaltige Abwässer in die Donau (inklusive Kleine Donau) abzuführen. 1974 kam es zu einer zusätzlichen Ölkatastrophe. 100000 Kubikmeter ölhaltiger Substanzen ergossen sich über eine Fläche von 20 Quadratkilometer ins Grundwasser.

Hier sind die Folgen nicht nur geblieben, sondern haben eine Kettenwirkung hervorgerufen. Um die Ausbreitung der Ölpest zu verhindern, wird das (kranke und gesunde) Grundwasser des betroffenen Gebietes systematisch weggepumpt. Das wiederum hat zu einer generellen Senkung des Grundwasserspiegels geführt, und die Wälder entlang der Donau beginnen abzusterben («Pravda», Bratislava, 22. 3. 1983).

Erst jetzt, im laufenden Fünfjahresplan (1981 bis

Der Förster in seinem Walde. «Das Leben in der Natur» gibt es für ihn nur noch als TV-Reportage. («dikobraz», Prag, 4. 5. 1983)

Die kranken Bäume müssen vorzeitig gefällt werden.



1985), realisiert man «wichtige ökologische Projekte», um die Situation in der Region zu sanieren, und die Slovnaft-Werke haben eine Kläranlage gekriegt.

Von den 950 Kläranlagen in der Slowakei vermögen 37 Prozent nicht zu genügen («Praca», Bratislava, 15. 2. 1983). An sich sind Fabriken und industrielle Agglomerationen gesetzlich zur Reinigung ihrer Abwässer verpflichtet, aber einstweilen haben die Behörden schon offiziell 2300 «Ausnahmen» bewilligt («Zemedelske Noviny», 10. 1. 1983). Selbst grosse Industrieagglomerationen (wie Hradec Kralove, Usti nad Labem, Pardubice, Nymburg, Kolin, Podebrady, Jicin, Mikulov u. a.) haben überhaupt keine Wasserreinigungsanlagen und ergiessen ihre *sämtlichen* flüssigen Abfälle einfach in die Flüsse. Andernorts vermögen die bestehenden Anlagen die anfallenden Abwässer volumenmässig nicht zu bewältigen.

Der desolate Zustand wird damit begründet, dass seine Korrektur zu teuer wäre. Wollte man bis zum Jahre 2000 sämtliche gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen bauen, würde das auf 40 Milliarden Kronen kommen, und für solche Zwecke hat man das Geld nicht. Und: «Praktisch jede Reinigungsanlage bedarf ausländischer Einrichtungen; für ihren Kauf namentlich von kapitalistischen Ländern fehlt es an Mitteln» («Rolnicke Noviny», 16. 7. 1982).

Mit andern Worten: Umweltschutz ist ein kapitalistischer Luxus, den man sich in sozialistischen Verhältnissen nicht leisten kann.

Waldsterben

Der saure Regen ist eine Sorge in allen europäischen Industriestaaten. Was die Folgen sind, wenn man nichts dagegen tut, lässt sich am Beispiel der Tschechoslowakei sehen. Dort gehen die Wälder in einem unvorstellbaren Ausmass zugrunde. 700000 Hektar Wald sterben ab (Radio Hvezda, 15.3.1983).

In den am meisten betroffenen tschechischen Ländern ist ein Drittel des Forstbestandes entweder schon tot oder dem Tod geweiht. Am schlimmsten betroffen ist Nordböhmen. Dort sind 33 Prozent der Wärmekraftwerke des Landes stationiert, welche die ebenfalls dort geförderte stark schwefelhaltige Braunkohle verbrennen.

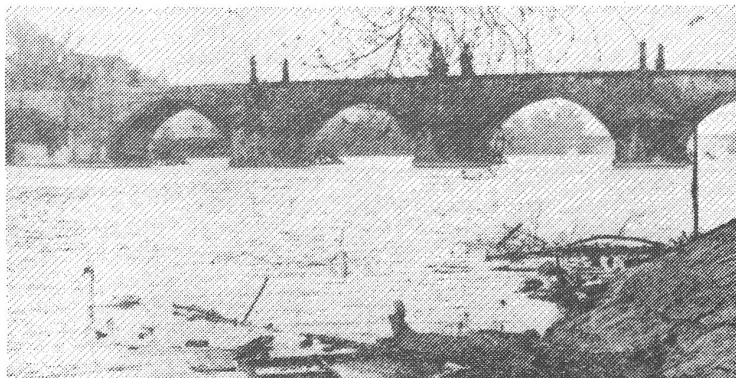
In Böhmen und Mähren dominieren die Nadelwälder, und diese sind auf Schwefeldioxid besonders empfindlich. 0.06 Milligramm pro Quadratmeter Luft ist für sie schon eine tödliche Dosis («Prace», 2.7.1982).

Im Erzgebirge allein bestehen (nach einem Bericht westdeutscher Forstleute) 170000 Hektar «Wald» nur noch aus kahlen Baumskeletten. Blumen und Kräuter verschwinden ebenfalls; die Vögel haben das unwirtliche Gebiet verlassen.

Die Vision einer industriezerstörten Umwelt ist als Warnung überall gültig. Dass sie in der Tschechoslowakei schon Wirklichkeit werden konnte, ist auf die sozialistischen Verhältnisse zurückzuführen. Und zwar eindeutig.

Der Prozess des Wäldersterbens ist nicht erst von heute, sondern hält seit rund zwanzig Jahren an, die ersten Symptome hatten sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre gezeigt. Aber die herrschenden Verhältnisse verunmöglichten den Widerstand gegen die planwirtschaftlich befohlene Umweltzerstörung, und so konnte sie im Zustand der systembedingten Oppositionslosigkeit fortschreiten.

Heute ist man offiziellerseits des Schadens halbwegs einsichtig geworden, aber man bekämpft die Symptome und nicht die Verursachung. Die Produktion wird weiter vorangetrieben, mitsamt ihrem Ausstoss an Schwefeldioxid. Aber dafür rückt man den sekundären Übeln mit zusätzlicher Chemie zuleibe.



Die Moldau in Prag. (Bild «dikobraz», Prag, 1. 6. 1983) Von hier weg fliesst sie mit einer Verseuchung weiter, die mit der Höchchststufe IV gekennzeichnet wird (Fische können nicht überleben).

Giftgeschädigte Bäume fallen leichter verschiedenen Baumkrankheiten zum Opfer, und seit 1979 werden befallene Waldbestände in systematischen Aktionen mit Pestiziden aus der Luft besprüht. Letztes Jahr waren erstmals auch Laubwälder dran, und auch dieses Jahr ist die Spray-Flotte wieder im Einsatz. («Zemedelske Noviny», 1.4.1983)

Längerfristig will man noch etwas anderes tun: die allzu giftempfindlichen Baumbestände durch robustere Arten ersetzen. Setzlinge aus andern Ländern und Kontinenten sind schon eingeführt worden («Mlada Fronta», 19.2.1983, und «Zemedelske Noviny», 11. 3. 1983, Beilage). Wie resistent sie gegenüber der weiterhin geplanten Luftverschmutzung sein werden, steht noch aus.

Die Auswechslung der einheimischen Baumbestände durch andere müsste mit der Zeit auch alle übrigen Gegebenheiten der Umwelt verändern (Wasserhaushalt, Klima, Flora und Fauna), aber wenn die Produktion so weitergeht, wird das bis dahin vielleicht keine so grosse Rolle mehr spielen.

Gesundheit

Inzwischen stellt sich die Frage, wieviel Umweltverseuchung der Homo sapiens ganz direkt aushält. Wie weit die Gesundheitsschädigung in der Tschechoslowakei schon fortgeschritten ist, weiss man nicht, weil die herrschenden Kreise die relevante Gesamtinformation unterdrücken.

Was betroffene Leute über chemische Vergiftungen geschrieben haben (siehe ZB, Nr. 21/1982), konnte nur im Ausland erscheinen; in den tschechoslowakischen Medien lässt man einen solchen Alarm nicht zu, und das wiederum ist ein Zustand, der direkt auf die sozialistischen Verhältnisse zurückzuführen ist.

Wenn die Zustände für die Bevölkerung unbekömmlich sind, geht man davon aus, dass ihr die Information darüber erst recht unbekömmlich ist.

Noch im Januar 1982 verbot eine amtliche Verlautbarung ganz ausdrücklich die Veröffentlichung von Gesamterhebungen über die Umweltverseuchung und über Entwicklungsschädigung von Kindern in stark belasteten Gebieten («Vestnik Ministerstva Zdravotnictvi», Nr. 3/1982).

Wenn abträgliche Information unterdrückt wird, stellt sich auch die Frage, wie weit man sich auf die doch veröffentlichten Teilinformationen verlassen kann.

Es hat in der Tschechoslowakei schon das heute ohnehin sichtbare Ausmass an Umweltzerstörung gebraucht, bis man überhaupt nur die allgemeine Möglichkeit von Gesundheitsgefährdung einräumte.

Am 10. März 1983 schrieb die zentrale Parteizeitung «Rude Pravo»:

«Die Umwelt wird unter der Bevölkerung mehr und mehr zu einem Gesprächsthema. Ob sie es will oder nicht, hat sich die Gesellschaft mit den Konsequenzen einer schlechten Umwelt zu befassen, denn sie spiegeln sich im Gesundheitszustand der Bevölkerung.»

Ein trauriger Rückgriff auf die Verantwortung der «Gesellschaft», nachdem man es ihr versagt hatte, jene Konsequenzen zu einem öffentlichen Traktandum zu machen, was sie im Unterschied zu den massgebenden Sozialismus-Verwaltern durchaus gewollt hatte. Diese haben sich erst jetzt bequemt, die Existenz des Themas zuzugeben.

Die gleiche «Rude Pravo» hatte noch am 16. November 1982 Meldungen aus der Bevölkerung über Giftstoffe in Milch, Fleisch und andern Lebensmitteln als «Gerüchte» bezeichnet, die sie als unbegründet hinstellte. Einige Wochen später, am 6. Januar 1983, relativierte sie das dann in Beantwortung eines entrüsteten Leserbriefes (er wird wohl nicht der einzige gewesen sein): Niemand stelle die Behauptung auf – die eine Unterschätzung von Wissen und Bildung der Leser bedeuten würde –, dass chemische Rückstände in Lebensmitteln kein Problem darstellten; indes sei dieses Problem nicht ausser Kontrolle geraten.

Was die Lebensmittelkontrolle (und Trinkwasserkontrolle) insgesamt ist, weiss man nicht. Der Bevölkerung stellt man sporadisch Teilergebnisse von Teiluntersuchungen vor, die zum Teil mehrere Jahre zurückliegen. Seit einem Jahr holt man vermehrt solche Ergebnisse hervor; die Angst im

Land ist offenbar gestiegen, und da hält man etwas mehr an – wie immer gefilterter – Information für ratsam.

Ein indirektes Eingeständnis der Tatsache, dass sich der Gesundheitszustand in Nordböhmen verschlechtert hat, lässt sich aus Privilegien herauslesen, die man ihren Bewohnern und insbesondere den Kindern zukommen lässt. Für sie organisiert man Extra-Ferien in weniger verseuchten Gebieten und im Ausland («Nove Slovo», Prag, 17. März 1983). Kinder aus verseuchten Regionen haben weniger rote Blutkörperchen als ihre Altersgenossen anderswo. Das Blutbild verbessert sich bei einem Erholungsaufenthalt in gesünderer Umgebung und verschlechtert sich dann wieder nach der Rückkehr an den Wohnort. Ähnlich verhält es sich mit dem Befund bei Atemungsmessungen. («Zivotne Prostrediv», Nr. 2/1982)



Wie geht es weiter? Die Tschechoslowakei befindet sich, wie andere Länder auch, gegenwärtig in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Sie reagiert darauf mit stärkerer Abstützung auf ihre eigenen Ressourcen, wie vor allem auf ihre Braunkohle, deren Verbrennung die Luft verpestet.

Am 24. April 1983 schrieb die Prager Gewerkschaftszeitung «Prace» zum Vorrang der wirtschaftlichen Faktoren vor den ökologischen:

«Den Begriff der ökologischen Katastrophe zu verwenden, ist in diesem Fall keine blosse Redensart. Zu ihr kann es hier wirklich kommen, wenn man ihr nicht mit radikalen Massnahmen entgegentritt.»

Wirklich radikale Massnahmen müssten sich gegen das System richten, das schon das bisherige Ausmass der Umweltkatastrophe verursacht hat und weiterhin verursacht. Deshalb wird es keine radikalen Massnahmen geben. ■

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

5% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1983

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich